

Kerosinablass: Ignoranz der Bundesregierung macht fassungslos, Studie verzögert sich weiter

Laut dem Luftfahrtbundesamt erfolgten allein über der Pfalz im vergangenen Jahr rund 30 Prozent der bundesweit gemeldeten Kerosinablässe ziviler und militärischer Luftfahrzeuge. Hierzu wandten sich die Bundestagsabgeordneten Brigitte Freihold, Alexander Ulrich und Thomas Lutze (DIE LINKE) an das Bundesverkehrsministerium.

Je kälter es am Boden ist, desto mehr Kerosin erreicht die Erdoberfläche, so die Studie von Harvey J. Clewell, US Air Force. Bei einer Bodentemperatur von 10 °C gelangen über 10 Prozent des abgelassenen Kerosins zu Boden. Bei 0 °C sind es bereits über 25 Prozent.

Inhaltsstoffe des Kerosins wie der Kohlenwasserstoff Benzol wirken toxisch auf Umwelt, Mensch und Tier. Um belastbare Aussagen über das Gefahrenpotenzial von abgelassenem Kerosin treffen zu können, sind Messungen erforderlich. Doch die nach einem Kerosinablass an das Luftfahrtbundesamt übermittelten Parameter wie Datum, Gebietsangabe und Menge reichen hierfür nicht aus. Weitere Angaben wie Uhrzeit, Dauer und Route des Ablasses sowie meteorologische Daten sind erforderlich.

Die drei Abgeordneten baten das Bundesverkehrsministerium, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das dem Ministerium unterstehende Luftfahrtbundesamt die Parameter erheben und einfordern kann. Hierzu Freihold, Ulrich und Lutze: „Dabei wäre sicherzustellen, dass diese Daten vollständig, präzise und schnellstmöglich an das Bundesamt übermittelt und von der Behörde unverzüglich veröffentlicht werden.“

Doch das Verkehrsministerium wiegelt ab: „Eine zielgerichtete analytische Nachweisführung bzgl. Kerosinkontaminationen mit Hilfe von Messungen erscheint nicht realistisch [...] Besondere Vorgaben in Bezug auf den Umfang einer Meldung von Treibstoffnotablässen sind nicht geplant“ und seien nicht mit EU-Recht vereinbar.

Zudem schreibt das Ministerium: „Über weitere Schritte soll insgesamt entschieden werden, wenn das Ergebnis des [...] Forschungsvorhabens zu den Umweltauswirkungen von Treibstoffschnellablässen vorliegt.“ Diese ursprünglich zur Umweltministerkonferenz im November 2018 angekündigte Studie wurde auf die nächste Umweltministerkonferenz vom 8. bis 10. Mai 2019 in Hamburg verschoben. Nun teilt das Bundesverkehrsministerium mit: „Die Präsentation erster Ergebnisse ist für Mitte 2019 vorgesehen.“

Freihold, Ulrich und Lutze abschließend: „Die Ignoranz der Bundesregierung macht fassungslos. Nur mit weiteren Parametern können belastbare Messungen vor Ort durchgeführt werden. Die zwei fest installierten Messstationen in der Pfalz werden, wenn überhaupt, nur Zufallsfunde machen können.“

Die erneute Verschiebung der Studie mit ersten Ergebnissen zur Mitte des Jahres ist schlicht inakzeptabel. Die Menschen werden seit Monaten hingehalten. Auf Worte folgen keine Taten. So kann es nicht weiter gehen.“